

«Kein Wachstum in Sicht»

So verteidigt die Uni Luzern die Schliessung des Fachs Religionswissenschaft.

Silvio Frei

Nach den angekündigten Spar-massnahmen an der Universität Luzern gibt es lautstarke Kritik – insbesondere die Einstellung des Fachs Religionswissen-schaft sorgt für Unverständnis. So hatten sich mehrere Institu-tionen, darunter auch der «Ver-ein der Religionslehrer/-innen an den Luzerner Mittelschu-len», an das Bildungsdepar-te-ment und die Uni gewendet. Auch die Islamische Gemeinde Luzern kritisiert den Entscheid hart (siehe Box).

Von mehreren Religions-lehrpersonen werden dabei die kommunizierten Entschei-dungskriterien kritisiert. In ihrer Medienmitteilung zum Spar-hammer spricht die Universität Luzern beispielsweise von 13 Vollzeitstudierenden in der Re-ligionswissenschaft – nicht ge-zählt werden aber diejenigen, welche diese als Nebenfach be-legen. Gemäss Jahresbericht der Schweizerischen Gesellschaf-für Religionswissenschaft ver-zeichnete das Fach im Früh-lingssemester 2025 insgesamt 39 Studierende.

Konfrontiert mit dieser Aus-sage sagt Regierungsrat Armin Hartmann, der als Präsident des Universitätsrates waltet, dass die Kultur- und Sozialwissen-schaftliche Fakultät (KSF) bei der Umsetzung des Sparauftrags vor der Aufgabe stand, die Aus-gaben und Einnahmen wieder ins Lot zu bringen. Die Kosten sollten so reduziert werden, dass «gleichzeitig die Einbussen bei den Erträgen gering ausfiele-n». Leitend seien dabei die strategischen Überlegungen ge-wesen, wie die Fakultät «lang-fristig attraktiv bleibt und in Qualität und Finanzierungsfragen mithalten kann».

Dabei, so der Bildungsdirek-tor, habe die Uni alle vorhande-nen Informationen berücksich-tigt. Dazu hätten insbesondere aktuelle und zukünftige Studie-



Studierende an der Uni Luzern. Religionswissenschaften werden sie künftig nicht mehr belegen können. Bild: Boris Bürgisser (Luzern, 16. 9. 2024)

rendenzahlen in allen Studien-gefass – auch die insgesamt 38 Nebenfachstudierenden – sowie die Akquise von Drittmitteln ge-zählt. Eine detaillierte Auf-schlüsselung oder ein Vergleich mit anderen Fächern will Hart-mann allerdings nicht vorlegen.

«Die Universität Luzern muss priorisieren»

Der Grund: «Der Vergleich mit anderen Fächern, insbesondere mit solchen in anderen Fakultä-ten, ist weder aussagekräftig noch kausal», argumentiert Hartmann. Entscheidend sei vielmehr die interne strategi-sche Gewichtung. Während in den Wirtschaftswissenschaften oder in der Soziologie ein Wachstum erwartet werde, sei dies in der Religionswissen-schaft absehbar nicht der Fall. Deshalb habe man sich ent-schieden, die Professur in eine kulturwissenschaftliche Aus-richtung umzuwandeln – ein Be-

«Ein Rückschritt für Integration und gesellschaftlichen Zusammenhalt»

Die Islamische Gemeinde Luzern (IGL) veröffentlichte am Dienstag einen offenen Brief an die Uni-versität Luzern. Darin kritisiert die IGL die Abschaffung des Fachs Religionswissenschaft. Dies sei nicht nur eine bildungspolitische Kürzung, sondern ein schwerwie-gender Rückschritt mit Folgen für die Integrationsarbeit, die inter-religiöse Zusammenarbeit und das friedliche Zusammenleben im Kanton Luzern. Die Entschei-dung zur Abschaffung der Profes-sur und des Fachs würde laut IGL insbesondere kleinere Religions-

gemeinschaften hart treffen, für die das Seminar oft der einzige neutrale, wissenschaftlich fun-dierte Gesprächspartner war. «Es ist ein fatales Signal – gerade in einer Zeit, in der Polarisierung, Vorurteile und religiöse Pauscha-lisierungen wieder zunehmen.»

Die Arbeit des Religionswis-senschaftlichen Seminars sei ein Brückenbauer zwischen Wis-senschaft, Gesellschaft und Glaubensgemeinschaften – und «damit unverzichtbar für Integ-ration, Toleranz und soziale Ko-häsion». (sfr)

reich, in dem die Fakultät mehr Potenzial sehe.

Kritikerinnen und Kritiker hatten auch argumentiert, die Religionswissenschaft habe in

schlaggebendes Argument, das Fach zu erhalten.

«Die Drittmittel reichen bei Weitem nicht, um die Ausgaben des Seminars zu decken», schreibt Hartmann. Haupt-grund für das strukturelle Defi-zit der KSF seien sinkende Stu-dierendenzahlen – und damit rückläufige Beiträge von Bund und Kantonen. Die Drittmittel-erfolge der Religionswissen-schaft würden zwar anerkannt, könnten aber die grundlegen-den finanziellen Probleme nicht ausgleichen.

Dass der Entscheid damit den eigenen Zielen wider-spricht, die Forschungskapazi-täten auszubauen, weist Hart-mann zurück. Man habe ver-schiedene Aspekte abwägen müssen. «Es gibt sehr viele re-levante Forschungsfelder. Kei-ne Universität der Welt kann alle bearbeiten. Deshalb muss auch die Universität Luzern priorisieren.»

Michael Baumeler ist Martinivater

Hochdorf Am 73. Bott der Mar-tinizunft Hochdorf wurde der 54-jährige Jurist **Michael Bau-meler (Bild)** zum Martinivater 2026 gewählt. Das teilt die Zunft in einer Mitteilung mit. Zusammen mit seiner Frau Ju-dith verspricht Baumeler Fasnachtstage unter dem Motto «Fasnacht in volle Zög». Der Kinderumzug am Gûdismontag wird dem Thema «Wasserwelten» gewidmet sein. Die neue Fasnachtsplake-te widmet sich dem Thema Süd-ia-real unter dem Motto «Mer brenged d’Fasnacht zom Süü-de». (luz)



In eigener Sache

Schicken Sie uns Ihre Bilder vom Zukunftstag

Aufruf Heute findet der Natio-nale Zukunftstag statt. Hunder-te Betriebe laden Schülerinnen und Schüler ein, Berufe zu er-kunden. Kinder und Jugendli-che erhalten praxisnahe Einbli-cke in Berufe und Arbeitsberei-che, in denen ihr Geschlecht untervertreten ist. Der Zu-kunftstag soll die Durchmi-schung der Geschlechter bei den Berufen fördern, Horizonte erweitern, Geschlechterstereo-type sowie das Fachkräfte-potenzial aufzeigen.

Wir laden Sie ein, liebe Lese-rin, liebe Leser, das beste Bild bzw. Ihren Schnappschuss aus Ihrem Betrieb unter www.luzernerzeitung.ch/leserbeitrag als Le-serbild einzusenden. Alternativ können Sie uns auch ein E-mail senden an online@luzernerzeitung.ch mit dem Betreff «Zu-kunftstag» oder ein Whatsapp an 079 292 59 17. Nennen Sie den Aufnahmeort, den Namen des Betriebs und beschreiben Sie, wer auf dem Bild zu sehen ist und was die Kinder machen.

Die Online-Redaktion publi-ziert alle Bilder in einer Bilder-galerie auf www.luzernerzeitung.ch. (rem)

Freiamt

«Verzicht auf Sanierung steht nicht zur Diskussion»

Die Sanierung der Tennisplätze in Wohlen verzögert sich. Die Reaktionen des Gemeinderats und des Tennisclubs.

Marc Ribolla

Der Montagabend verlief gar nicht nach dem Gusto der Mit-glieder des Tennisclubs Wohlen Niedermatten. Zahlreiche von ihnen verfolgten die Einwoh-nerratsdebatte im Casino auf der Tribüne als Zuschauende. Sie wollten dabei sein, wenn das Dorfparlament den Kredit über 735’000 Franken für die Sanie-rung und den Ersatz der neun Sandplätze beim Wohler Sport-zentrum bewilligt.

Die anwesenden Tennispie-lenden mussten jedoch ohne einen Entscheid den Saal wieder verlassen. Denn der Gemein-de-rat zog den traktandierten Be-richt und Antrag unmittelbar vor dessen Behandlung im Einwoh-

nerrat zurück. Der zuständige Ressortverantwortliche, Ge-meinderat Roland Vogt, erklärte: «Offensichtlich entspricht der Antrag des Gemeinderats nicht mehr oder nicht ganz den Be-dürfnissen des Tennisclubs.»

Dessen Verantwortlichen hatten sich im Vorfeld der Ein-wohnergatsdebatte im «Wohler Anzeiger» am 7. November unter anderem nicht glücklich mit der vorgelegten Sanie-rungsvariante gezeigt. Sie wür-den zum Beispiel eine Splitting der Plätze in fünf neue Sand- und vier neue Acrylplätze favo-risieren anstatt neun neue Sandcourts. Der TC Wohlen Niedermatten ist mit über 500 Mitglieder der grösste Club im Aargau.

Am Tag nach der Einwohner-ratssitzung kontaktiert die se-zeitung Tennisclub-Co-Präsi-dentin Maja Meier. Wie hat sie den Entscheid des Gemein-de-rats aufgenommen? «Wir sind natürlich erschrocken, als der Rückzug des Kreditantrags an-gekündigt wurde, nehmen ihn aber so zur Kenntnis. Der Ge-meinderat wird seine Gründe gehabt haben», kommentiert sie. Auf Anfrage der AZ teilt die Exekutive mit, dass der Rückzug des Antrags effektiv aufgrund der medialen Aussagen der Ver-antwortlichen des Tennisclubs geschah. Der Rückzugsent-scheid fiel in der Vorbespre-chung der Einwohnerratssit-zung im Rahmen einer Gemein-deratssitzung am selben Tag.

Angesichts der unerwarteten Wende stellt sich die Frage, ob man seitens der Gemeinde, als Besitzerin der Sportanlage Nie-dermatten, vor der Ausarbei-tung der Sanierung mit dem Tennisclub gesprochen hat. «Die Vorlage wurde seitens Ge-meinde als Eigentümerin der Anlage mit den Verantwortli-chen des Tennisclubs als Nutzer ausgearbeitet», antwortet er. Man sei bis zum Erscheinen des Artikels im «Wohler Anzeiger» davon ausgegangen, dass die verabschiedete Vorlage vom Club auch unterstützt werde.

«Die Gemeinde ist als Eigentümerin der Anlage zwar frei in ihren Entscheidungen, aber selbstverständlich werden die Wünsche und Bedürfnisse

der Nutzenden berücksichtigt», sagt der Gemeinderat. Den Rückzug der Vorlage betrachtet er als richtigen Schritt. Er vertei-digt das Vorgehen so: «Es wäre aufgrund der veränderten Aus-gangslage nicht seriös, ohne nochmalige Überarbeitung des Antrags an den Einwohnerrat zu gelangen.»

Ein neuer Kreditantrag wohl im März 2026

Klar ist, dass der Rückzug nun zu einer Verzögerung der drin-gend nötigen Sanierung führt. Die Plätze sind schon über 20 Jahre alt und am Ende der Le-bensdauer angelangt. Tennis-club-Co-Präsidentin Maja Meier meint vorausblickend: «Wir hoffen nun, dass es bald

einen neuen Antrag des Ge-meinderats geben wird.»

Das wird in der Tat der Fall sein. «Ein Verzicht auf die Sa-nierung der Plätze steht für den Gemeinderat nicht zur Diskus-sion», hält dieser klipp und klar fest. Er werde die Vorlage nun in Zusammenarbeit mit dem Ten-nisclub nochmals überarbeiten.

Das benötigt zwar eine ge-wisse Zeit, dennoch geht der Gemeinderat davon aus, dass der Einwohnerrat voraussicht-lich im März 2026 über den neu-en Kreditantrag befinden kann. «Der Legislaturwechsel spielt dabei keine Rolle. Der aktuelle Gemeinderat wird seine Aufga-ben bis Ende 2025 wahrnehmen und die Geschäfte vorantrei-ben», heisst es abschliessend.